

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlegerpreis: Die Leihgebühr beträgt 1 Mk., Restbetrag 8.00 Mk.
Ausgabennummer in der Geschäftszeit dieses Blattes, Leipzigerstr. 10.
bis spätestens 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anfragen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vertriebspreis: 12.00 Mk.
von denen 10 Mk. Gehalt des Verlegers sind.
Preis für den Abnehmer: 12.75 Mk. und davon 10
Mk. für den Verleger.
Bierstättliche und monatliche Beiträge werden außer in der
Leipzigerstr. 10 und bei anderen Orten und allen
Postämtern angenommen.

Amüliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 21

Sonnabend, den 18. Februar 1922

61. Jahrgang

Die letzte Wehe.

Nicht weniger nötig als ein ungehörtes Arbeiten
des Gif. dahinter ist eine gleichmäßige Tätigkeit
der Regierungsmacht. Es war eine Notlage, daß
der Votomotivführer so bald wie möglich zu Ende
kam, um ein Stöcken für die gewerbliche Tätigkeit
und ein Zucken und Krampfen für die Bevölkerung zu ver-
hindern, aber der Reichsregierung blieben noch dringende
Aufgaben für das politische und wirtschaftliche Leben,
die sich nicht versagen ließen. Brot, Kaffeebohnen, Kohlen!
Das sind die Punkte, die dem Volke besonders am
Herzen liegen, die heutigen Preise bzw. die be-
stehende Anarchie können uns nicht in den Frühling
bringen. Die Mehrheit des Reichstages hat es nach
langer Debatte über den Entwurf der Reichs-
regierung für angemeßen gehalten, dem Reichs-
kanzler ein Vertrauensvotum zu geben. Die
einigen Parteien, deren Ueberzeugung eine andere war,
werden aus der inneren Entwicklung erselien können,
welches Exempel das richtige war. In der Hauptsache
sind wir ja alle einig, daß niemand das Recht hat,
etwas zu tun, was das deutsche Reich bedrohen
könnte.

Steuern und Reparationsleistungen, Moratorium
und Staatshilfen sind die nächsten Aufgaben für
die Reichsregierung. Die praktische Verwirklichung
des Steuerkompromisses entwickelt sich bei uns
ebenfalls langsam, was die Vorteile der Beschäftigung
über das deutsche Angebot wegen der Regulierung
unserer Zahlungen und über die endgültige Festlegung
des Zahlungsaufschubs. Erst, wenn wir diese Zahlen
kennen, können wir genau festsehen, ob und wie sich
die Einnahmen und Ausgaben im deutschen Reichs-
haushalt tatsächlich ausgleichen lassen, und wie sich
die Einführung des Reparationskompromisses bei der
Entente bekanntlich erfordert hat. „Wäghen“ ist.

Bei der Gründung des englischen Parlamentes
in London war unweigerlich der ungenügende Einfluß
der europäischen Wirtschaftslage auf den britischen
Arbeitsmarkt festzustellen worden, und Lloyd George
hat seitdem alles aufzubringen, um seinem Kollegen
Poincaré in Paris zuzureden, auf die Konferenz von
Genève einzugehen. In Paris sollte man dafür
ebenfalls Bestrebungen, daß die Behandlung der deut-
schen Anlegenheiten in Genève wenig Erfolg
bringen würde, und damit wäre das Gelingen der
Konferenz ebenfalls hinfällig gewesen. Denn
Frankreichs bedingungsloses Erscheinen garantierte noch
nichts. Ob es Lloyd George mit Hilfe von Amerika
doch noch gelingen wird, die Pariser Regierung un-
aufmerksam zu machen, unter Vertagung des
Konferenztermines würde schließlich eine Einigung
erfolgen. Vielleicht wird der beste, überredende Helfer
der Frühling sein. Wenn die gute Jahreszeit da ist,
und das Arbeitsleben in den Entenländern noch
immer frost, werden die Industrieländer schon energisch
gegen die Schädigung ihrer Interessen durch die fran-
zösische Politik vorgehen.

Im Petersdom zu Rom hat die feierliche Ein-
setzung des neuen Papstes Pius XI. stattgefunden,
und zwar infolge der Erkrankung des dazu nach dem
Beceimolium beauftragten Kardinals durch das nächste
ranghöchste Mitglied des heiligen Kollegiums, den
französischen Kardinal Villot. Wichtig für die Be-
ziehungen zu Italien ist, daß Pius XI. in vollen
Reife dem auf den weiten Plage verammelten Volke
seinen Segen erteilt, was seit 1870 nicht mehr ge-
sehen ist. Die äußeren Beziehungen zwischen dem
Papsttum und Staat dürften jetzt von der bisherigen
Starre verlieren, zum Vorteil für die ewige Stadt
Rom, die durch die Zurückhaltung der Päpste in den
letzten fünfzig Jahren sehr viel von ihrer früheren
Anziehungskraft eingebüßt hat.

Das Vertrauensvotum für Wirth.

Wie die Mehrheit zu Stande kam.
Die Mehrheit für das Vertrauensvotum im
Reichstag war einmal dadurch zustande gekommen,
daß die Regierungsparteien alle ihre Abgeordneten
bis fast auf den letzten Mann herangeholt hatten,
zum andern aber auch dadurch, daß von den Unab-
hängigen die Hälfte nicht an der Abstimmung teil-
nahmen. So hat von den Sozialdemokraten nur ein
Abgeordneter, Herr Kom Zentrum beteiligten sich
4 Abgeordnete nicht an der Abstimmung, darunter
Reichsbevollmächtigter Dr. Kraus, der frühere
Reichsminister Dr. Bell und der in Wien weilende
Gesandte Dr. Pfeiffer, während der Reichskanzler
und Minister Giesberts mitwirkten. Bei den Demo-
kraten schloßen nur zwei Herren, der württembergische
Staatsminister Dr. Krieger und der genehmigende
Gesandte in Wien Reichsminister A. D. Dr. Gieseler.
Zugleich stimmten für den Vertrauensantrag 107
Sozialdemokraten, 88 Demokraten, 65 Zentrumab-
geordnete, 4 Welfen, 4 Bayerische Landtagsabgeordnete
und außerdem noch Schürmer und Pörschab von der

Bayerischen Volkspartei. Die übrigen Mitglieder der
Bayerischen Volkspartei 16 an der Zahl,
die Abg. Schönerer, von Mayer, der Partei
Vorkämpfer, fehlten — hatten sich der Stimme ent-
halten.

Mit „Nein“ haben gestimmt 67 Deutschnationale,
60 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 35 Unab-
hängige und 23 Kommunisten. Von den Deutschna-
tionalen hatten sich 4 Abgeordnete, darunter Graf
Falk und Krauß, von der Volkspartei 2 Ber-
trater, darunter die Reichsminister A. D. Dr. Heine
und v. Kaunert, sowie der Abg. Dr. Luag als
krank beurlaubt lassen. Von den Kommunisten fehlte
Franz Jeklin, die zuerst in Moskau ist, während
der anwesende Abg. D. W. Well sich an der Abstimmung
nicht beteiligte.

Wichtiger als das Ergebnis der Abstimmung
waren die Verhandlungen über das Vertrauens-
votum aus innerpolitischen Gründen auf das
schärfste abgeleitet und angeknüpft, daß sie auch
keine Stimmensplitter bilden würden. Als aber die
Bayerische Volkspartei Stimmensplitter abgeleitet
hatte und so die Situation für das Kabinett Wirth
sehr kritisch wurde, da suchten sie sich einzulassen.
Von den vorhergegangenen scharfen Parteierklärungen
konnte und wollte man nicht zurücktreten, so fand
man denn einen anderen Ausweg: die Mitglieder der
U. S. P. stimmten zwar, wie man vorher erklärt hatte,
gegen das Vertrauensvotum, und Stimmensplitter
gab es nicht, aber von den fast 50 Abgeordneten der
Partei, die anwesend waren, beteiligten sich noch nicht
drei Dutzend an der Abstimmung. Die anderen
25 an der Zahl mit Dr. Wirths Partei an der Spitze
waren einfach bei der Abstimmung nicht da. Bei der
Abstimmung fehlten die geschäftsordnungsmäßig ganz
etwas anders als Stimmensplitter, wenn es auch
de facto auf die gleiche hinausläuft. Durch diese 25
Unabhängigen ist das Kabinett Wirth gerettet worden.

Es sind einzig und allein außerpolitische
Gründe, die die Unabhängigen zu diesem Verhalten
bewogen haben. Für die Außenpolitik hatten sie dem
Reichskanzler Dr. Wirth Unterstützung zugesagt und
sie hatten in den letzten Tagen mehrere Male den
Vertrag gemacht, eine allgemeine Festlegung des
Vertrauensvotums zu erlassen. Die Reichspartei der
Rechtsen, die Deutsche Volkspartei, war aber
nicht nur gegen die innere, sondern auch gegen die
äußere Politik Wirths, und da nun auch die Bayeri-
sche Volkspartei sich der Stimme enthielt, lag
die Entscheidung über die Zukunft Wirths und der von
ihm vertretenen Politik einzig und allein in der
Hand der Unabhängigen. Die Vertrauens-
abstimmung wurde durch die Wirths Partei, die
ein Teil der unabhängigen Abgeordneten, als dessen
Führer der Abg. Dr. Wirths Partei anzusehen ist,
nicht mit überhören und so fand man den Ausweg,
daß man der Sitzungsaal während der Abstimmung
verließ.

So kam es denn, daß Dr. Wirth von 421 ab-
gegebenen Stimmen eine, wenn auch knappe —
Mehrheit von 220 Stimmen erhielt. Denn an und
für sich haben die Parteien, die gegen das Kabinett
stimmten, die Mehrheit im Reichstag — wenn eben
alle ihre Mitglieder mit abgestimmt hätten. m.

Im Genéve.

Frankreichs Wünschen auf Verschönerung
der Genévefer Konferenz, finden bei den fran-
zösischen Entenländern immer noch keine Gegenliebe.
Obwohl von den vorhergehenden französischen Quellen
immer wieder gemeldet wird, daß eine Verschönerung
wahrscheinlich sei, muß jetzt der „Matin“ — als ein-
ziges Pariser Blatt — melden, daß der italienische
Volkshof in London, der Marini, Lord Curzon mit-
geteilt hat, Bonomi habe bezweifellos die Absicht,
die Vertagung der Konferenz von Genéve vorzuschlagen,
er werde vielmehr alles mögliche tun, damit diese
Konferenz am 8. März eröffnet werden könne.

Der „Temps“ schreibt zu der neuen französischen
Note an England wegen der Sachverständigenberathun-
gen: Die französische Regierung sei einverstanden,
daß die Sachverständigenberathungen in London statt-
finden, obwohl in Genéve festgelegt war, daß diese
Berathungen in Paris unter dem Vorbehalt von Be-
stimmungen sein sollten. Frankreich habe aber eine sch-
wierige Wahl für notwendig, damit die Sachver-
ständigen wirklich nützliche Arbeit leisten können.
Insbesondere habe Frankreich an der Zustimmung der
Vertreter Polens, Ruminiens, Jugoslawiens und der
Tschechoslowakei fest, weil alle diese Staaten an den in
Genéve zur Erörterung stehenden Problemen inter-
essiert sind.

Annahme des Vertrauensvotums.

Berlin, 15. Februar.
Der Reichstag hat heute mit 230 Stimmen gegen
185 Stimmen bei 16 Stimmensplitzungen das Ver-
trauensvotum für die Reichsregierung angenommen.

Vor der Entscheidung.

Heute soll die Entscheidung über das Fortbe-
stehen des Kabinetts Wirth fallen. Seit Sonnabend, als
der Reichskanzler die Vertrauensfrage stellte, haben
die Fraktionen von der U. S. P. bis zur U. S. P. sich
ununterbrochen beraten, und noch jetzt, zu Beginn
der entscheidenden Sitzungen, sind diese Beratungen
noch nicht abgeschlossen. So ist zu Beginn der Sit-
zung bei überfülltem Erbsen der Sitzungsaal ver-
hältnismäßig leer, und die Anwesenden scheinen den
ausgebüßten und über die Tagesordnung stehenden Gegen-
ständen fast gar keine Beachtung.

Zunächst wird die zweite Lesung des Reichs-
mietengesetzes fortgesetzt. Der Demokrat Wirth
erklärt, daß man mit den gegebenen Umständen rechnen
müsse. Wir könnten ebenfalls vielleicht in 10 Jahren
ein Bürgerrecht in Wohnungsbau und Wohnung-
bauten erziehen. Redner steht grundsätzlich auf dem
Boden der Privatwirtschaft, aber bei der gemäßigten
Kritik könne man es nicht wagen, die Mietengesetz-
gebung völlig zu befeuern. Wenn das Gesetz sch-
werer, würden die Gegenstände noch verschärft werden.
Wieder um Redner müßten eben Eyer bringen.
Vielleicht sei noch eine Verschönerung möglich.
Abg. Haupt (Bahr. Volksp.) begründet das Gesetz
als demokratie, es sei nicht auf irgendwelche Praxis
ausgebaut.

Ministerialdirektor Ritter tritt kurz der Kritik
des Redners entgegen. Dann wird die Sitzung
auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Die Erklärungen der Parteien.

Als der Präsident die Sitzung kurz nach 4 Uhr
wieder eröffnet, haben sich die Abgeordneten und die
Regierungskomitee bis fast auf den letzten Mann ge-
füllt. Zur Debatte steht das von den Regierungspar-
teien eingebrachte Vertrauensvotum und die
Wirths Vertrauensanträge, die von den Deutschna-
tionalen, der Deutschen Volkspartei, der U. S. P.
und den „Rechten“ eingebracht worden sind. Ueber
diese Anträge entspinnt sich zunächst eine Debatte.

Dann folgt die Abstimmung.

an der auch sämtliche Minister, soweit sie Abgeordnete
sind, teilnehmen.

Es wird zunächst über das Vertrauensvotum der
Regierungsparteien abgestimmt, welches lautet:
„Der Reichstag billigt die Erklärung der
Reichsregierung.“

Der Antrag wird mit 220 Stimmen gegen 185
Stimmen bei 16 Stimmensplitzungen angenommen.

Die Stimmensplitzung.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten des
Zentrums, der Demokraten und der Sozial-
demokraten; dagegen die der Deutschna-
tionalen und der Deutschen Volkspartei,
die Unabhängigen und die Kommunisten bei-
der Richtungen; enthalten haben sich die Mitglieder
der Bayerischen Volkspartei. Die Vertrauens-
anträge sind durch die Abstimmung erledigt. Die
Anträge der Kommunisten auf Aufhebung der Wah-
gesetze werden abgelehnt.

Dann wird die Beratung des Reichsmieten-
gesetzes fortgesetzt.
Die Beratung wird bald abgebrochen und auf
Donnerstag vertagt.

Der Zahlungssplan für 1922.

Festsetzung durch die Reparationskommission.
Die Frage der deutschen Reparationszahlungen
für 1922 scheint ihrer Lösung entgegenzugehen,
und Deutschland dürfte von der Reparationskommission
deshalb eine Antwort auf seine Denkschrift erhalten.
Nach den vorliegenden Mitteilungen hat England dem fran-
zösischen Vorschlag zugestimmt, die Entscheidung
in dieser Frage, d. h. die Festlegung der Beträge,
nach dieser Entscheidung sollen die verbündeten Fran-
kosen an Minister sich ebenfalls in London vereinigen,
um gemäß dem englischen Vorschlag einen Berathun-
gskomitee zu bilden. Wahrscheinlich wird die
Reparationskommission aus den Reichsminister
Königs und von Deutschland 720 Mil-
lionen Goldmark in bar und 140 Millionen in
Sachleistungen fordern.

Internationales Ged.

In der französischen Kammer brachte der Abg.
M. Briot eine Resolution ein, die lautet:

Oberböllingen (See). Der rechte Fuß abgefahren wurde dem Lokomotivführer Heinrich, als er auf dem hiesigen Bahnhofs eine infolge des Frostes festgefahrene Lokomotive mit dem Bremsen antrieb.

Pingelstift, 15. Febr. Umfangreiche Untersuchungen wurden bei der hiesigen Diszidentenkirche festgestellt.

Wemar, 15. Febr. (Das Thüringische Wirtschaftsleben vor einer Katastrophe.) Wie verhängte Blätter berichten, hat der Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei Thüringens infolge der in Thüringen herrschenden Kohlennot, die auf einen Geheimverlauf des Reichskohlenkommissars, nach welchem Kohlen nicht mehr aus Sachsen nach Thüringen ausgeführt werden dürfen, zurückzuführen ist, folgende Dringlichkeit an die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstage gerichtet: Nach Mitteilungen der Thüringer Industrie verbietet Geheimverlauf des Reichskohlenkommissars die Ausfuhr von Kohlen aus Sachsen. Laut Verfügung des Reichskohlenkommissars ist die Thüringer Industrie ausschließlich auf Bezug sächsischer Kohlen angewiesen, da die Kohlenlieferungen aus Westfalen infolge Belieferung der Entente nicht mehr statthaft. Für Thüring-Industrie bestimmte Kohlenmengen an sächsischen Liebergangsanlagen von sächsischer Regierung beschlagnahmt. Daher Thüringer Wirtschaftselenden vor einer Katastrophe. Sofortige Vorstellungen i. d. Hinsicht in den Aufhebung des Geheimverlaufs dringend geboten, da Beschwerden darüber fruchtlos.

Abschluß der Lohrverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Nachdem in gemeinsamen für den gesamten Kohlenbergbau am 28. Januar durchgeführten Lohrverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die grundsätzliche Vereinbarung einer Lohrverhöhung von durchschnittlich M. 10.— je Kopf und Schicht der Beschäftigten erzielt war, war die Frage der Verteilung eines Durchschnittslohnes auf die einzelnen Gruppen der Belegschaft noch offen geblieben. In einer vom Reichsarbeitsministerium angeleiteten Einigungsverhandlung, die am 14. Februar in Halle stattfand, wurde über diese Verteilung eine Vereinbarung getroffen, die im wesentlichen folgendes befaßt: Ab 1. Febr. 1922 erhalten die männlichen Arbeiter über 18 Jahre einen Gehaltszuschlag in den Rennrevieren von M. 10.—, in den Wandrevieren von M. 8.50, die Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen in den Rennrevieren einen solchen von M. 6.—, in den Wandrevieren von M. 5.10. Bis zur Festlegung der Gehälter auf Grund der neuen Schichtlohnregelungen erhalten die Schichtarbeiter eine feste Lohnzulage von M. 11.— bzw. M. 9.35 je Schicht. Die Gehaltszulage wird einheitlich um M. 25.— je Woche erhöht.

Wichtigste wurde eine Nachprüfung der von Arbeitgeberseite vorgelegten Beschäftigungsgrundlagen vereinbart.

Schweininfekt, 16. Febr. Wegen Typhus epidemie geschlossen alle Schlachten.

Berlin, 16. Febr. Polizeipräsident Richter stellte vor seinen Beamten nachdrücklich fest, daß ein Streikrecht der Gendarmen nicht in Frage komme.

Berlin, 17. Febr. Die Befragung der Reichsrentenbahnen durch erhöhte Stundenlöhne, Überberechnungsschläge, Teuerungszuschlag etc. beläuft sich auf drei Milliarden.

Sport.

Kommenden Sonntag tritt die 1. Elf der hiesigen Sportvereinigung in Werfenfeld der dortigen T. u. N. „Elf“ im fälligen Verbandsspiel auf dem Sporplatz „Wihelmshöhe“ gegenüber. Das Spiel beginnt nachm. 2 Uhr und wird von einem neutralen Schiedsrichter geleitet. Das letzte Verbandsspiel in Teuchern endete mit 1:0 zugunsten T. u. N., wie es diesmal ausfällt, ist noch unbestimmt. Die T. u. N. „Elf“ ist ja bekanntlich eine technisch gut durchgebildete, harte Mannschaft und wird aus sich alles herausgeben um den Sieg für sich zu entscheiden. Aber auch die junge Teucherner-Elf weiß, um was es geht und wird daher in härtester Aufstellung antreten, um sich weiter die Spitze zu sichern und in Front zu bleiben.

Alle Spieler pünktlich 7/12 Uhr am Bahnhof zur Abfahrt erscheinen. Rückfahrt erfolgt 5 Uhr ab dort.

Brotmarken.

Die für die Zeit vom 23. Jan. bis 19. Febr. d. J. ausgegebenen hellgelben Brotmarken mit rot aufgedrucktem „D“ verlieren am 19. Febr. 1922 ihre Gültigkeit.

Nach diesem Tage dürfen die Bäcker und Mehlgroßhändler diese Marken nicht mehr annehmen. Die Bäcker und Mehlgroßhändler haben diese Marken unbedingt bis spätestens Dienstag, den 21. Febr. d. J. bei der Getreide- und Mehlstelle abzuliefern.

Genauso wird Mehl für die von den Bäckern bis zum 19. Febr. d. J. angenommenen Brotmarken der kommenden Periode (Aufdruck „E“) nicht verausgabt.

Die Bäcker werden ausdrücklich darauf hingewiesen, verfallene Marken nicht mehr anzunehmen da hierfür Mehl nicht mehr verausgabt wird.

Weißbrot, den 15. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses Getreide- und Mehlstelle.

Mehl- und Brotpreise im Landkreis Weißenfels.

Mit Wirkung ab 20. Febr. d. J. werden die Mehl- und Brotpreise im Landkreis Weißenfels wie folgt festgesetzt: 1. Mehlpreise. 1 Pfd. Roggenmehl M. 4.—, 1 Pfd. Weizenmehl M. 4.40, 1 Pfd. Weizenauszugsmehl für Kranke M. 5.—, 2. Gebäckpreise. 1 Pfd. Brot M. 3.15, 4 Pfd. Brot M. 12.60, 450 Gramm Weizenbrot oder 6 Bäckchen M. 3.60, 450 Gramm Roggenbrot oder 6 Bäckchen M. 4.— Weißenfels, den 15. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses Getreide- und Mehlstelle.

Brotmarken-Ausgabe.

Am Montag, den 20. d. Mts. 1922 nachmittags von 2—3 Uhr werden in den Bezugsstellen die Brotmarken für die Zeit vom 20. Febr. bis 5. März 1922 ausgegeben. Teuchern, den 13. Februar 1922.

Der Magistrat. Ostfeld.

Vermischtes.

Arbeitsstreik in Amerika.

Rotterdam, 16. Febr. Im Laufe der Woche wird sich entscheiden, ob in den Vereinigten Staaten der größte Streik ausbrechen wird, den man dort bisher erlebt hat. Die fünf Millionen Kohlengrubenarbeiter haben eine Lohrerhöhung um 20 Prozent verlangt. Im Falle deren Ablehnung drohen sie mit Streik. Zwischen Gubenarbeitern und Eisenbahnern schweben Verhandlungen zur Unterstützung des vereinbarten Streiks, doch die Eisenbahner. Die Besitzer der Kohlengruben erklären, daß die geforderten Erhöhungen bei den gegenwärtigen Gewinnen nicht zu tragen seien.

Mexico, 16. Febr. In Guatemala brachen erste politische Unruhen aus.

Die frühere russische Kaiserin +.

Nizza, 16. Febr. Die 76jährige Witwe des ehemaligen russischen Kaisers Alexander II. Fürstin Jekaterina ist hier gestorben.

Was in Wien eine Bügelfalte kostet. Die Wiener Schneiderhändler haben einen neuen Preistarif für Prentelster angesetzt. Danach kostet von nun an ein Prentelster 55000, ein gewöhnlicher Sackanzug 38000, eine Hose 8000, eine Weste 7000 Kronen. Das Bügeln eines Sackanzugs wird mit 1050 Kronen berechnet. Für die Summe, die heute eine Bügelfalte kostet, hat man vor dem Krieg in Wien zehn vollständige Anzüge bekommen können.

* Ein Prentelster als Wäscherwunder. Wäscher diebstähle, die bis auf das vorige Jahrhundert zurück gehen, sind bei der Reichsgerichtshof in Berlin aufgedeckt worden. Es gelang durch die Bemühungen eines Universitätsprofessors, einen Dieb, der die Institutsbibliothek bereits seit 1899 systematisch plündernd durchging zu ernen. Es handelt sich um den Privatdozenten für orientalische Philologie, Dr. G. Die Diebstahl wurde von Dr. G. aus den Akten entfernt worden, nur die Geheimtinte hat er übersehen. Gegen eine Kaution von 25000 Mark wurde der Privatdozent auf freien Fuß belassen.

* Das Schicksal des Dresdener Schlosses. In seinen Repräsentationsräumen soll das Schloss in Dresden für den Desinfektionszweck zugänglich gemacht werden, da künftig darin außer alten Möbeln, Gemälden usw. auch die staatliche Vorratskammer untergebracht werden soll. Besichtigungen vorläufiglich das Schloss geschlossen werden.

* Millionenbrandstiftungen in Duisburg. Ein Großfeuer entstand in Duisburg in einem Holzschuppen der Firma Gebrüder Kiefer. Holzschuppen und Hohlwerkstoff sind vollständig, das Maschinenhaus zum Teil niedergebrannt. Die Ursache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Der Schaden geht auf die Millionen.

* Von Teuchern in den Grund ge'ahrt. Oberhalb von Teuchern wurde auf der Interfeld, der zur Hamburg-Amerika-Linie gehörige große Doppelschraubenschiffpuffer „Conia“ von den schweren Treibmassen überflutet und in Grund gedrückt. Die aus 12 Mann bestehende Besatzung rettete sich an Land. In eine Bergung des Dampfers ist einzuwirken nicht zu denken.

* Brand in einer Hamburger Gummifabrik. In Hamburg brach in den Abstell- und Gummieräumen von Alfred Calmon ein Feuer aus, das in Aktien mit leicht entzündbaren Stoffen entstanden war. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Hamburger Feuerwehr, die Gefahr einer Ausbreitung des Brandes durch die im Stockwerk darüber lagernden Borräder an Wenzig und Benzig zu beseitigen.

* Der maldische Liebhäber. In Bochum wurde die Witwe Sieda von dem Bergmann Zudert, der ihr schon längere Zeit nachstellte, aber kein Gehör fand, erschossen. Der Mörder ist nach der Tat geflüchtet.

* Massenarbeitslosigkeit von Arbeitern. Da die Verhandlungen zwischen den hiesigen Arbeitgebervereinen und Arbeitern wegen neuer Tarifverträge mit beträchtlich herabgesetzten Löhnen zu keinem Ergebnis führten, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, die Auslieferung über die Arbeiter der ihm angeschlossenen Betriebe zu verhängen. Von diesem Beschluß werden nicht weniger als 17000 Arbeiter unmittelbar und etwa 30000 mittelbar betroffen. Die Anzahl zählt außerdem ausreicht rund 95000 Arbeitern.

Brennholz-Verkauf.

Am Rhaner-Anger unterhalb Dorf Langitz sollen am **Dienstag, den 21. d. M., vorm. 11 Uhr** 32 Haufen Reifig- und Stangenholz meistbietend verkauft werden.

Mittlerant Teuchern.

DRUCKSACHEN

jeder Art

für Geschäfts- und Privatbedarf

fertigt billigst an

Buchdruckerei von

Otto Liefrenz

Teuchern

Zeitlerstrasse 10.

Alemmer

von Recht bis Recht ver-
Loren. Wegen Verlegung ab-
gegeben in der Gesetz. d. M.

Starken-Aemshuh

mit Recht, gegen Heßliche
zu stellen
Ged. d. d. d. d.

Wirrhaar

kauft zu hohen Preisen
Albert Herrmann
Frisier, Steinweg.

Ordnentliches, eheliches

Dienstmädchen

sucht bei hohem Lohn und guter
Bezahlung,
Käsefabrik Aur bei Zeit.

Anständ, saubere

Aufwartung

für vornehmlich, sofort gesucht.
Angeh. um **M. 5.** an die
Geschft. d. Bl.

2 Schwestern

aus guter Familie, Waifen,
15 und 19 Jahre alt, suchen
zum 1. oder 15. April

Stellung

in besserem Haushalt, wenn
möglich mit schulpf. Kindern.
Nähere Auskunft bei Frau
Kaufm. **Fanbert**, Zeitger.

Ein kräftiger

Ostberufische

sucht Stellung in der Landwirtschaft.
Wo lag. d. Geschft.

Fettpapier

!
erhalten bei **D. Liefrenz.**

2 Herren suchen möbl. Zimmer

Offerten unter **B. B.** an die
Geschft. d. Bl.

Wir gratulieren unserer
Freundin

Alma Rosenkranz

zu ihrem dreißigjährigen
Geburtsfest und bringen ihr ein
dreiwöchentliches Hoch, daß das ganze
Unterfeld w. d. d.

**Einige Freunde und
Freundinnen.**

Postkarten

Briefumschläge

Briefbogen

Rechnungen

Quittungen

fertigt an

Otto Liefrenz

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagspreis: Die sechspaltige Kopfsseite 1 Bf., Restansätze 3,00 Bf.

Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Verlagsdirektor: Hermann Müller, Leipzigerstr. 10, 1200 Bf. von anderen Blättern. Preis für den Abnehmer 1,25 Bf. Einzelnummer 30 Pf.

Verlagsdirektor: Hermann Müller, Leipzigerstr. 10, 1200 Bf. von anderen Blättern. Preis für den Abnehmer 1,25 Bf. Einzelnummer 30 Pf.

Antifälsches Verkleidungsblatt für die Stadt Teuchern.

No 21

Sonnabend, den 18. Februar 1922

61. Jahrgang

Die letzte Woche.

Nicht weniger nötig als ein angehöres Arbeiten des Eiz., dahinter steht in eine gleichmäßige Tätigkeit der Regierungsmaschine. Es war eine Vorfrage, daß der Kolonialminister frei zu sein und möglichst zu Ende kam, um ein Entsch. für die generelle Tätigkeit und ein Darben und Frieden für die Bevölkerung zu verhindern, aber der Reichsregierung blieben noch dringende Aufgaben für das politische und praktische Leben, die sich nicht vertagen ließen. Brot, Kartoffeln, Kohlen! Das sind die Punkte, die dem Volke besonders am Herzen liegen, die heutigen Briefe bzw. die begehrende Anträge können uns nicht in den Frühling versetzen. Die Mehrheit des Reichstages hat es nach langer Debatte über den Streit in Gegenwart und Zukunft für angemessen gehalten, dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum zu geben. Diejenigen Parteien, deren Überzeugung eine andere war, werden aus der inneren Entwicklung ersuchen können, welches Exempel das richtige war. In der Hauptsache sind wir ja alle eins, daß niemand das Recht hat, etwas zu tun, was das Deutsche Reich benachteiligen könnte.

Steuern und Reparationsleistungen, Moratorium und Arbeitsbeschäftigung sind die nächsten Aufgaben für die Reichsregierung. Die praktische Verwirklichung des Steuerreformprojektes entwickelt sich bei uns ebenfalls langsam, wie bei der Bevölkerung, die sich aber das deutsche Angebot wegen der Verregelung unserer Zahlungen und über die endgültige Festlegung des Zahlungsaufschubs. Erst, wenn wir diese Zahlen kennen, können wir genau festsehen, ob und wie sich die Einnahmen und Ausgaben im deutschen Reichsbudget tatsächlich ausgleichen lassen, und wie sich die Einschränkung des Budgetdefizites, den die Entente bestimmtlich erfordert hat, vollziehen läßt.

Bei der Gründung des englischen Parlamentes in London war unerwünscht der ungünstige Einfluß der europäischen Wirtschaftslage auf den britischen Arbeitsmarkt festgestellt worden, und Lloyd George hat seitdem alles aufzuboten, um seinen eigenen Parlament in Paris zu überzeugen, auf die Konferenz von Genoa einzugehen. In Paris stellte man dafür derartige Bedingungen, daß die Behandlung der deutschen Angelegenheiten in Genoa wenig Erfolg versprochen hätte, und damit wäre das Gelingen des Konferenzzweckes ebenfalls hinfällig gewesen. Denn Deutschlands bedingungsloses Erscheinen garantiert noch nichts. Es ist nicht abzusehen, mit wieviel Schwierigkeiten noch zu rechnen ist, die Pariser Regierung umzustimmen? Man behauptet, unter Vertagung des Konferenztermines würde schließlich eine Einigung erfolgen. Vielleicht wird der beste, überredende Helfer der Erfüllung sein. Wenn die gute Jahreszeit da ist, und das Arbeitsleben in den Entente-Ländern noch immer hoch, werden die Industriellen schon energisch gegen die Säugung ihrer Interessen durch die französische Politik vorgehen.

Im Petersdom zu Rom hat die feierliche Krönung des neuen Papstes Pius stattgefunden, und zwar infolge der Entkränkung des dazu nach dem Beccomelli berufenen Kardinals durch das höchste rangigste Mitglied des heiligen Kollegiums, den französischen Kardinal Villot. Wichtig für die Beziehungen zu Italien ist, daß Pius in vollem Verständnis von der äußeren Logik des Petersdomes dem auf dem weiten Plage versammelten Volke seinen Segen erteilte, was seit 1870 nicht mehr geschehen ist. Die äußeren Beziehungen zwischen dem Vatikan und Staat dürften jetzt von der bisherigen Unruhe verlieren, zum Vorteil für die ewige Stadt Rom, die durch die Zurückhaltung der Päpste in den letzten fünfzig Jahren sehr viel von ihrer früheren Anziehungskraft eingebüßt hatte.

Das Vertrauensvotum für Wirth.

Wie die Mehrheit zustande kam. Die Mehrheit für das Vertrauensvotum im Reichstag war einmal dadurch zustande gekommen, daß die Regierungsparteien alle ihre Abgeordneten bis fast auf den letzten Mann herangezogen hatten, zum andern aber auch dadurch, daß von den Unabhängigen die Güter nicht an der Abstimmung teilnahmen. So hat von den Sozialdemokraten nur ein Abgeordneter gefehlt. Dem Zentrum beteiligten sich 4 Abgeordnete nicht an der Abstimmung, darunter Reichsaideaminiester Dr. Brauns, der frühere Reichsminister Dr. Bell und der in Wien weilende Gesandte Dr. Pfeiffer, während der Reichsminister und Minister Glöckner teilnahmen. Bei den Demokraten fehlten nur zwei Herren, der württembergische Staatspräsident Dr. v. Heber und der gegenwärtig in Genf weilende Reichsminister a. D. Dr. Giffner. Insgesamt stimmten für das Vertrauensvotum 107 Sozialdemokraten, 28 Demokraten, 65 Zentrumsgesandte, 4 Welfen, 4 Bayerische Bauernräte und außerdem noch Schürmer und Konigsch von der

Bayerischen Volkspartei. Die übrigen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei — 16 an der Zahl, die Abgg. Schwarzer und Dr. Mayer, der Reichsminister, fehlten — hatten sich der Stimme enthalten.

Mit „Nein“ haben abstimmten 67 Deutschnationale, 60 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 35 Unabhängige und 23 Kommunisten. Von den Deutschnationalen hatten sich 4 Abgeordnete, darunter Graf Kautz und Kunkel, von der Volkspartei 5 Abgeordnete, darunter die Reichsminister a. D. Dr. Heinze und v. Kaunert, sowie der Abg. Dr. Liaga als krank beurlaubt lassen. Von den Kommunisten fehlte Frau Zetkin, die zurzeit in Moskau ist, während der anwesende Abg. Düvel sich an der Abstimmung nicht beteiligte.

Wichtig ist interessant war das Verhalten der Unabhängigen, das für das Ergebnis der Abstimmung schließlich den Ausschlag gab. In der Debatte hatten Dietmann und Crispian das Vertrauensvotum aus innerpolitischen Gründen auf das schärfste abgelehnt und angezündet, daß sie auch keine Stimmhaltung bilden würden. Als aber die Bayerische Volkspartei Stimmhaltung proklamiert hatte, und so die Situation für das Reichsamt Wirth sehr bremsig wurde, da suchten sie doch einzulernen. Von den vorhergegangenen scharfen Parteidarstellungen konnte und wollte man nicht zurücktreten, so fand man denn einen anderen Ausweg: die Mitglieder der U. S. P. stimmten zwar, wie man vorher erklärt hatte, gegen das Vertrauensvotum, und Stimmhaltungen gab es nicht, aber von den fast 30 Abgeordneten der Partei, die anwesend waren, beteiligten sich noch nicht drei Dutzend an der Abstimmung. Die anderen — 25 an der Zahl mit Dr. Breitfeld an der Spitze — waren einfach bei der Abstimmung nicht da. Bei der Abstimmung fehlten die geschäftsordnungsmäßig ganz etwas anders als Stimmhaltung, wenn es auch de facto auf dasselbe hinausläuft. Durch diese 26 Unabhängigen ist das Reichsamt Wirth gerettet worden.

Es sind einzig und allein außenpolitische Gründe, die die Unabhängigen zu diesem Verhalten bewegen haben. Für die Außenpolitik hatten sie dem Reichsamt Dr. Wirth Unterstützung zugesagt und sie hatten in den letzten Tagen mehrere Male über



geteilt hat, daß Wirth gute Kenntnisse über die Lage der Vertagung der Konferenz von Genoa vorzulegen, er werde vielmehr alles mögliche tun, damit diese Konferenz am 8. März eröffnet werden könne.

Der „Times“ schreibt zu der neuen französischen Note an England wegen der Sachverständigenberatungen: Die französische Regierung sei einverstanden, daß die Sachverständigenberatungen in London stattfinden, obwohl in Genes festgesetzt war, daß diese Besprechungen in Paris unter dem Vorbehalt von Entscheidung sein sollten. Frankreich habe aber eine schätzbare Hilfe für notwendig, damit die Sachverständigen „wirklich nützliche Arbeit“ leisten können. Außerdem habe Frankreich an der Zugabe der Vertreter Polens, Ruminiens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei fest, weil alle diese Staaten an den in Genoa zur Erörterung stehenden Problemen interessiert sind.

Annahme des Vertrauensvotums.

— Berlin, 15. Februar.

Der Reichstag hat heute mit 230 Stimmen gegen 185 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen das Vertrauensvotum für die Reichsregierung angenommen.

Vor der Entscheidung.

Heute soll die Entscheidung über das Fortbestehen des Reichsamt Wirth fallen. Seit Sonnabend, als der Reichsamt die Vertrauensfrage stellte, haben die Fraktionen von der U. S. P. bis zur U. S. P. fast ununterbrochen beraten, und noch jetzt, zu Beginn der entscheidenden Sitzungen, sind diese Beratungen noch nicht abgeschlossen. So ist zu Beginn der Sitzung der überfälligen Erörterung der Sitzungsanfrage schließlich klar, und die Anwesenden scheinen den angebotenen auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen fast gar keine Beachtung.

Zunächst wird die zweite Lesung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt. Der Demokrat Wirth erklärt, daß man mit den gegebenen Umständen rechnen müsse. Wir könnten ebenfalls vielleicht in 10 Jahren ein Gleichgewicht in Wohnungsbau und Wohnungsbau erreichen. Wirths Best. gründlich auf dem Boden der Privatwirtschaft, aber bei der gegenwärtigen Lage könne man es nicht wagen, die Mietengesetzgebung völlig zu befeitigen. Wenn das Gesetz schwebere, würden die Gegenstände noch verschärfert werden. Mieter und Vermieter müßten eben Dyer befragen. Vielleicht sei noch eine Verhängnisvoll möglich. Wirth, 2a und (Wirth, 2a) geteilt das Gesetz als notwendig, es sei nicht auf irgendeine Praxis aufgebaut.

Ministerialdirektor Ritter tritt kurz der Ansicht des Vorredners entgegen. Dann wird die Sitzung auf eine Vertiefung unterbrochen.

Die Erklärungen der Parteien.

Als der Präsident die Sitzung kurz nach 4 Uhr wieder eröffnete, haben sich der Sitzungssaal und die Regierungsbüro, bis fast auf den letzten Mann gefüllt. Vor Debatte stellt das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum und die vier Wirthsentscheidungen, die von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der U. S. P. und den „Rechten“ eingebracht worden sind. Jeder diese Voten entfallen sich zunächst eine Debatte.

Der Antrag

die Abstimmung, an der auch sämtliche Minister, soweit sie Abgeordnete sind, teilnehmen.

Es wird zunächst über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien abgestimmt, welches lautet: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“

Der Antrag wird mit 220 Stimmen gegen 185 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Stimmverteilung.

Für den Antrag stimmten die Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten; dagegen die der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten beider Richtungen; entfallen haben sich die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Die Wirthsentscheidungen sind durch diese Abstimmung erledigt. Die Voten der Kommunisten auf Aufhebung der Wirthsentscheidungen werden abgelehnt.

Dann wird die Beratung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt. Die Beratung wird bald abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Der Zahlungsplan für 1922.

Festlegung durch die Reparationskommission. Die Frage der deutschen Reparationszahlungen für 1922 scheint ihrer Lösung entgegenzugehen, und Deutschland dürfte von der Reparationskommission bald eine Antwort auf seine Denkschrift erhalten. Nach den vorliegenden Meldungen hat England dem französischen Vorschlag zugestimmt, die Entscheidung in dieser Frage, d. h. die Festlegung der Beträge der Reparationskommission zu überlassen. Nach dieser Entscheidung sollen die verbündeten Finanzminister sich ebenfalls in London vereinigen, um gemäß dem englischen Vorschlag einen Verteilungsschlüssel zu finden. Wahrscheinlich wird die Reparationskommission aus den Reichsministern von Frankreich, Belgien und von Deutschland 720 Millionen Goldmark in bar und 140 Millionen Goldmark in Sachleistungen fordern.

Internationales Ged.

In der französischen Kammer brachte der Abgeordnete Briot eine Resolution ein, die darauf abzielt